



Prof. Dr. Martin Kroh, Stellvertretender Leiter, Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin

## SECHS FRAGEN AN MARTIN KROH

# »Gemeinsamkeiten beim politischen Interesse und große Unterschiede in der Wahlbeteiligung«

1. Herr Kroh, am 3. Oktober 1990 trat die DDR der Bundesrepublik Deutschland bei. Haben sich die unterschiedlichen politischen Kulturen in Ost- und Westdeutschland mittlerweile angeglichen? Die Frage kann man nicht wirklich mit ja oder nein beantworten. Es kommt sehr auf den Bereich an, den man sich anschaut.
2. Wie unterscheidet sich das Verhältnis zu den politischen Parteien in Ost- und Westdeutschland? Die erwartbare geringere Bindung an die Parteien in Ostdeutschland hat sich in den letzten 25 Jahren dem Westniveau angenähert. Insofern gab es hier eine Annäherung. Dazu muss man aber sagen, dass sich nicht nur die Ostdeutschen an die Westdeutschen angeglichen haben. In diesem Fall ist es auch umgekehrt so, dass die Bindungen an die Parteien in den letzten 25 Jahren auch in Westdeutschland nachgelassen haben. Gleichzeitig haben sie im Osten etwas zugenommen, was zu einer Abnahme der Differenz geführt hat.
3. Welche Unterschiede gibt es bei der Wahlbeteiligung in Ost- und Westdeutschland? Die geringen Parteibindungen werden häufig als Erklärung genutzt zur Interpretation von höherer Wechselbereitschaft oder der Bereitschaft, neue Parteien in stärkerem Maße zu unterstützen. Schaut man sich die Wahlbeteiligung isoliert an, waren die Unterschiede je nach Wahlebene jedoch teilweise nicht so groß. Das gilt zumindest für die Kommunal- und Europawahlen und lange Zeit auch für die Landtagswahlen. Vor allem bei den Landtagswahlen ist die Schere in den letzten Jahren jedoch auseinandergegangen, und bekannt sind ja auch die geringe Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent zuletzt in den Landtagswahlen in Sachsen oder Brandenburg. Bei den Bundestagswahlen ist eine insgesamt relativ stabile Differenz von einigen Prozentpunkten zwischen Ost und West über alle Wahlen hinweg zu beobachten.
4. Wo finden sich mehr politisch aktive Menschen? Unsere Befragungsdaten reichen bis 1990 und teilweise sogar bis in die Zeit vor der Wiedervereinigung zurück. Dabei sieht man, dass die Ostdeutschen in allen Bereichen politisch aktiver waren als die damaligen Westdeutschen.

Das war zur Wendezeit auch zu erwarten. Beim politischen Interesse hingegen gibt es seither kaum Differenzen. Also scheint die grundsätzliche Bereitschaft, sich am politischen Geschehen zu beteiligen, recht ähnlich ausgeprägt zu sein. Auch die Beteiligung in Bürgerinitiativen und auf der lokalpolitischen Ebene ist recht ähnlich in Ost und West. Man kann also nicht pauschal sagen, dass die Menschen im einen oder anderen Teil des Landes politisch aktiver oder inaktiver sind, es kommt auch darauf an, welche Form der Beteiligung man sich anschaut. Zum Beispiel ist die Wahlbeteiligung in Ostdeutschland etwas schwächer ausgeprägt, es gibt aber auch Indizien, dass zum Beispiel die Demonstrationsbereitschaft im Osten etwas höher ist als im Westen.

5. Inwieweit unterscheiden sich die grundlegenden Einstellungen zum politischen System und dem Sozialstaat? Wir haben uns in unserem Bericht auf die Einstellung zum Sozialstaat fokussiert. Anfang der 1990er Jahre war in Ostdeutschland die Vorstellung verbreitet, dass der Sozialstaat für viel mehr Bereiche zuständig sei, als das im Westen der Fall ist, und soziale Ungleichheiten wurden deutlich ungerechter wahrgenommen als im Westen. Hier haben sich in den letzten Jahren Ost- und Westdeutschland aufeinander zubewegt. Dass die Gesellschaft als ungerechter wahrgenommen wird, hat im Westen zugenommen und ist im Osten etwas zurückgegangen. Das heißt, beide Landesteile haben sich angeglichen.
6. Gelten die genannten Unterschiede auch für die jüngere Generation, die in das vereinte Deutschland hineinwuchs oder bereits in ihm geboren wurde? Viele der Unterschiede treffen auch auf diese jüngere Generation zu, von der man erwarten sollte, dass sie im Grunde genommen nicht zu Zeiten der DDR oder der alten Bundesrepublik sozialisiert wurde. Eine Ausnahme bildet die zuvor genannte Parteibindung. Da gibt es bei der jungen Generation keine Unterschiede mehr zwischen Ost und West.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
82. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Kati Krähnert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck  
Dr. Kurt Geppert

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Sebastian Kollmann  
Marie Kristin Marten  
Dr. Wolf-Peter Schill  
Dr. Vanessa von Schlippenbach

#### Lektorat

Dr. Peter Krause  
Prof. Dr. Carsten Schröder

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
presse@diw.de

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.